

GRÜNE Hamburg, Burchardstr. 21, 20095 Hamburg

An
Hamburg muss handeln
Fridays for Future Hamburg

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Hamburg

Anna Gallina
Landesvorsitzende

Burchardstr. 21
20095 Hamburg
Anna.Gallina@hamburg.gruene.de

Hamburg, 23. Dezember 2019

Antwort: Wahlprüfsteine zur Hamburger Bürgerschaftswahl 2020

Liebe Aktive bei Hamburg muss handeln,
liebe Aktivist*innen von Fridays for Future Hamburg,

gerne beantworte ich Eure Wahlprüfsteine an Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hamburg bzw. Eure bitte um Stellungnahme von Anjes Tjarks, Fraktionsvorsitzender, zusammen mit der Stellungnahme von Ulrike Sparr, Umweltpolitische Sprecherin, zur anstehenden Bürgerschaftswahl 2020.

1. Welchen Stellenwert hat die Klimapolitik in Hamburg für Ihre Partei?

Klimapolitik hat nicht nur einen enormen Stellenwert für unsere Partei. Sie steht ganz oben auf unserer Agenda und das wird auch so bleiben.

2. Wie bewerten Sie die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel? (UNO Weltklimarat, IPCC, ScientistsForFuture, Klimarat der Bundesregierung). Wollen Sie sich in Ihren Entscheidungen an der Wissenschaft ausrichten?

Die jüngsten Erkenntnisse aus dem Sonderbericht des IPCC sind alarmierend und es ist dringend angeraten, sie ernst zu nehmen.

3. Welche grundsätzlichen Klimaschutz-Positionen vertreten Sie auf Hamburg bezogen?

Wir haben in Hamburg beschlossen unsere CO₂-Ziele zu erhöhen. Bis 2030 wollen wir nun 55% unserer Treibhausgase und bis 2050 mindestens 95% gegenüber dem Basisjahr 1990 einsparen. Weil ärmere Länder länger brauchen werden, um sich auf klimaneutrale Lösungen umzustellen und weil die Industrieländer bereits die meisten Emissionen ver-

ursacht haben, wollen wir in Hamburg noch schneller sein und versuchen, bereits 2035 die Klimaneutralität zu erreichen.

4. Wie bewerten Sie das Engagement der Klimaschutzbewegung und der dort aktiven Organisationen und Initiativen (ForFuture, Extinction Rebellion, Fossil-Free, Umweltverbände)?

Wir sind froh, dass das Thema Klimaschutz in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Lange Zeit haben wir allein für mehr Klima- und Umweltschutz gekämpft. Angesichts der schon heute sichtbaren Klimafolgen und auch -erkenntnisse hat sich weltweit eine Klimaschutzbewegung entwickelt. Das ist wichtig, damit Klimaschutz auf der Agenda aller politischen Parteien ganz oben steht. Besonders viel bewegt hat Fridays for Future, die den Klimaschutz in bisher nicht gekannter Breite auf die Straßen gebracht haben.

5. Wie sehen Sie die gegenwärtige Stimmung in der Bevölkerung zu diesem Thema? Wie wird sie sich Ihrer Ansicht nach entwickeln und wie wird das Ihre Politik beeinflussen?

Der Klimawandel ist da und für alle sichtbar, z.B. in Form von trockenen Bäumen, dem Versiegen der Alsterquelle oder wolkenbruchartigen Regengüssen. Die Menschen wollen Klimaschutz und fordern die Politik zu recht auf, sich für effektiven Klimaschutz einzusetzen. In unserer Gesellschaft gibt es kein Erkenntnisdefizit mehr, sondern Handlungsdefizit: Wir alle sind aufgefordert zu handeln. Dennoch leugnen noch immer Menschen die wissenschaftlichen Erkenntnisse oder gar, dass es den Klimawandel gibt. Trotz aller Offensichtlichkeit müssen wir also auch weiter aufklären.

6. Ist Ihnen bewusst, dass der Klimawandel die Weltexistenz der Menschheit und ihren bisher erreichten kulturellen und materiellen Stand, sowie die Existenz aller Ökosysteme grundlegend bedroht?

Die heute erreichte menschliche Kultur baut auf ein ungewöhnlich stabiles Klima in den letzten 10.000 Jahren auf. Wenn sich dieses nun in kurzer Zeit deutlich verändert, wird das für Ökosysteme und damit auch die von ihnen abhängigen Menschen drastische Auswirkungen haben.

7. Können Sie erkennen, dass Klimaschutz als globales Thema eine andere Politik gegenüber den armen Ländern erfordert? Inwiefern hat das Einfluss auf Ihre politische Arbeit?

Den Klimawandel ist die größte Herausforderung der Menschheit. Diese Herausforderung können wir nur als Menschheit lösen. Es ist wichtig, dass alle Länder sich für den Klimaschutz einsetzen. Aber wir dürfen dabei nicht vergessen, dass der Pro-Kopf-Ausstoß an CO₂-Emissionen in Metropolen wie Hamburg und Industrieländern ungleich höher ist als in anderen Ländern. Dieser Verantwortung müssen wir gerecht werden – auch als Stadt. Deswegen ist es so wichtig, dass Hamburg sich als Stadt verpflichtet, seine CO₂-Emissionen deutlich schneller zu senken als bisher vorgesehen.

8. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass notwendige drastische Maßnahmen zum Klimaschutz sozial verträglich gestaltet werden?

Echter Klimaschutz erfordert hohe Investitionen und grundlegende Veränderungen in unserer Lebensweise. Wir wissen, nichts zu tun wird uns früher oder später viel mehr kosten als wir uns je vorstellen können. Deswegen müssen wir jetzt investieren und eine effektive CO₂-Bepreisung einführen. Das trägt schon ein Stück sozialen Ausgleich in sich: Da reichere Menschen mehr Energie verbrauchen und mehr konsumieren, werden sie auch stärker an den Kosten beteiligt. Doch für arme Menschen sind schon wenige Euro mehr manchmal zu viel. Klimaschutz ist deswegen auch immer eine zutiefst soziale Frage. Ein pro Kopf ausgezahltes Energiegeld aus den Einnahmen der CO₂-Abgabe hätte einen sozialen Ausgleich geschaffen, doch das hat die Bundesregierung nicht gewollt. Deswegen werden wir uns in Hamburg dafür einsetzen, soziale Härten abzufedern und alle Menschen in dieser Stadt mitzunehmen und niemanden zu vergessen.

9. Fühlen Sie sich gegenüber den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die FridaysForFuture tragen und um ihre Zukunft bangen, persönlich verantwortlich? Was sagen Sie ihnen?

Wir haben uns unsere Welt nur von unseren Kindern geborgt und dürfen nicht länger zusehen wie die Lebensgrundlagen auf dem Planeten zerstört werden. Die Sorgen der Jugend kann ich nachempfinden. Aber ich glaube auch, dass wir das schaffen können – gemeinsam. Dafür setze ich mich jeden Tag ein.

Forderungen von Fridays for Future Hamburg

Wir fordern von Bürgerschaft und Senat der Freien und Hansestadt Hamburg:

1. Die Aufteilung des CO₂-Gesamtbudgets, über das die Stadt bis zum Jahr 2035 noch verfügt, auf die Verantwortungsbereiche der einzelnen Behörden.

Das Jahr 2035 muss unser Ziel sein um den Temperaturanstieg auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen und zugleich die Klimaschutzanstrengungen global gerecht zu verteilen. Mit der Fortschreibung des Klimaplanes in Hamburg haben wir bereits durchgesetzt, dass die Verantwortung für die Emissionsminderung der Sektoren Mobilität, Private Haushalte, Gewerbe-Handel-Dienstleistungen und Industrie in der Verantwortung der jeweiligen Behörden liegt. In den Zielen und Maßnahmen müssen wir noch ambitionierter werden. Ein CO₂-Budget für Hamburg ist noch zu berechnen. Darüber hinaus werden wir eine starke Unterstützung von Bund und EU brauchen, um das Zieljahr 2035 zu erreichen, da dies z.B. eine klimaneutrale Stromversorgung voraussetzt, die nur machbar ist, wenn der Bund u.a. seine Blockade der Windenergie aufgibt.

2. Eine umfangreiche finanzielle und personelle Stärkung der Umweltbehörde.

Wir haben im Haushalt 2019/2020 mit dem Etat der Umweltbehörde erstmals die 300-Millionen-Marke geknackt. Klimaschutz wird noch weitere finanzielle und personelle

Anstrengungen erfordern, die zu großen Teilen bei der Umweltbehörde als steuernder Behörde angesiedelt sein sollten. Im Klimaplan werden die Ausgaben bis zum Jahr 2030 auf 2 Milliarden Euro geschätzt. Diese sind jedoch nicht gesondert für den Klimaschutz ausgewiesen, sondern in verschiedenen Arten in die Behördenhaushalte eingestellt, z.B. für den Ausbau des ÖPNV. Wir wollen, dass Klimaschutz von vornherein in die Stadtentwicklung und Verkehrsplanung integriert wird. Damit geht einher, dass die Mittel für Klimaschutz nicht immer klar abgrenzbar sind – zu welchem Anteil dient z.B. ein Radweg der besseren Mobilität, der Lärmreduktion oder dem Klimaschutz?

3. Ein Vetorecht für die Umweltbehörde gegen Entscheidungen anderer Behörden, sofern diese im Widerspruch zur Klimaneutralität Hamburgs bis zum Jahr 2035 stehen.

Ein Vetorecht einer einzelnen Behörde ist verfassungsrechtlich mehr als fraglich und würde zu gegenseitigen Blockaden führen. Sinnvoller ist ein wirksamer Klimavorbehalt, bei dem Bremen als Vorlage dienen kann.

4. Quartalsweise Berichte des Hamburger Senats bezüglich der Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise.

Eine regelmäßige und transparente Berichterstattung zur Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg. Zugleich muss die Berichterstattung fundiert sein und Fortschritte darstellen. Im Klimaplan ist eine jährliche interne Berichtspflicht zum Stand der Maßnahmenumsetzung festgesetzt. Wir wollen, dass auch die Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte informiert wird.

5. Den fachübergreifenden Einbezug der Klimakrise, sowie von Themen der Ökologie und Nachhaltigkeit in die Bildungspolitik Hamburgs

Dies ist ein wesentlicher Inhalt des UNESCO Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Dessen Ziele hat sich der Hamburger Senat bereits 2016 zu Eigen gemacht und im November 2019 einen Masterplan Bildung für Nachhaltige Entwicklung vorgelegt. Bei BNE geht es nicht nur darum, einzelne Themen wie Klimaschutz auf den Lehrplan zu setzen, sondern grundlegende Werte zu vermitteln und die Bildungseinrichtungen auch strukturell nach diesen auszurichten.

Im Themenfeld der Energie fordern wir:

1. Den Umstieg auf 100% erneuerbare Energieerzeugung und -versorgung bis spätestens zum Jahr 2035.

Im wissenschaftlichen Reallabor NEW4.0 wurde bereits erforscht, wie wir mit Schleswig-Holstein gemeinsam bis 2035 die gesamte Stromerzeugung auf erneuerbare Energien umstellen können. Nun gilt es, die Ergebnisse daraus auch in die Praxis umzusetzen. Dabei ist aber wesentlich der Bund gefragt, der für den Ausbau der Windenergie und die Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr die Weichen stellen muss.

2. Die Abschaltung aller Kohlekraftwerke, die in Hamburg liegen oder über die Hamburg verfügt bis spätestens zum Jahr 2025.

Gemeinsam mit der Volksinitiative Tschüss Kohle haben wir den Kohleausstieg für Hamburg beschlossen: Spätestens 2030 soll mit dem Kraftwerk Tiefstack das letzte in Hamburger Händen befindliche Kohlekraftwerk teilweise durch alternative Energiequellen ersetzt und teilweise auf Gasfeuerung umgerüstet werden. Bereits nach wenigen Jahren ist diese Variante klimafreundlicher als die zuvor diskutierte Umrüstung des gesamten Kraftwerks auf Erdgas im Jahr 2025. Mit dem Umbau der Fernwärmeversorgung, die heute zu zwei Dritteln auf Kohle basiert, haben wir schon begonnen. Im Winter 2023/24 soll der neue „Energiepark Hafen“ als Ersatz für das Kraftwerk Wedel in Testbetrieb gehen, im Winter 2024/25 in Echtbetrieb. Das Kraftwerk Wedel soll in jenem Winter noch in Bereitschaft gehalten und danach endgültig stillgelegt werden. Wir setzen uns zudem beim Bund für einen beschleunigten Kohleausstieg ein. Das haben wir mit der Initiative Tschüss Kohle vereinbart und im Hamburger Klimaschutzgesetz fixiert. Auf das Kraftwerk Moorburg haben wir landesrechtlich keinen Zugriff. Indem wir den Anschluss von Moorburg ans Fernwärmenetz verhindert haben, haben wir jedoch einen Ausstieg auf Bundesebene erleichtert.

3. Einen umfangreichen Ausbau der Solarenergie in Hamburg.

Im neuen Hamburger Klimaschutzgesetz haben wir festgesetzt, dass bei Neubauten und Dachsanierungen generell Solaranlagen gebaut werden sollen. Langfristiges Ziel ist die Nutzung aller geeigneten Dächer für die Solarenergie. Die Solarpflicht bei Sanierungen ist juristisches Neuland, da sie einen wesentlichen Eingriff ins Privateigentum darstellt. Darüber hinaus muss der Bund liefern und die Bedingungen für die Solarstromproduktion deutlich verbessern, damit auch mehr Hamburgerinnen und Hamburger freiwillig auf Solarenergie setzen.

Im Themenfeld des Verkehrs fordern wir:

1. Den wesentlichen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, in Verbindung mit einer Preisreduktion auf einen Euro pro Tag im Rahmen eines Jahrestickets.

Zentrale Motivation zum Umstieg auf den ÖPNV ist der Komfort, die Verlässlichkeit sowie die Takt- und Netzdichte. Deshalb hat der Ausbau des ÖPNV für uns Priorität – etwa in Form einer dauerhaften Angebotsoffensive, durch den Bau von neuen U- oder S-Bahnlinien oder perspektivisch auch mit der Einführung neuer Verkehrsträger, wie der Stadtbahn. Gleichzeitig wollen wir mit einem neuen Fahrpreissystem dafür sorgen, dass die Fahrpreise für möglichst viele Menschen günstiger werden. Dabei achten wir besonders darauf, dass die neuen Preise sozial gerecht sind und starke Anreize bieten, künftig auf ein eigenes Auto zu verzichten.

2. Einen klimaneutralen öffentlichen Personennahverkehr ab dem Jahr 2030.

Wir wollen, dass der ÖPNV so schnell wie möglich vollständig klimaneutral voran kommt. Dafür setzen wir auf den Ausbau von schienengebundenen Verkehrsträgern die mit nachhaltigem Strom betrieben werden. Ab 2020 werden wir in Hamburg nur noch

emissionsfrei betriebene Busse anschaffen. Und auch bei der Neuanschaffung von Fährschiffen werden wir darauf achten, dass diese klimaneutral angetrieben werden.

3. Den Ausbau der Fahrradverkehrsinfrastruktur durch die sofortige Umsetzung des Radscheides.

Wir wollen in den nächsten Jahren den Radverkehrsanteil auf 25 Prozent, bei anhaltend positivem Trend auch auf 30 Prozent, steigern. In der kommenden Legislatur wollen wir die personellen und finanziellen Ressourcen bereitstellen, um die sanierten und gebauten Radverkehrsanlagen auf 100 Kilometer pro Jahr zu steigern. Die Velorouten sollen zügig fertiggestellt werden und in einem nächsten Schritt mit den bezirklichen Radverkehrsnetzen verbunden werden. In der inneren Stadt („Ring 2 Plus“) wollen wir auf allen Nebenstraßen eine Priorisierung für Radverkehr, Fußgänger*innen und den ÖPNV bei der Verkehrsplanung. Darüber hinaus planen wir zahlreiche weitere Maßnahmen, wie den Ausbau von Fahrradabstellmöglichkeiten und Bike+Ride oder eine weitere Ausbaustufe für das StadtRAD.

4. Die Befreiung der Innenstadt von motorisiertem Individualverkehr

Wir wollen den Durchgangsverkehr in den Wohnquartieren deutlich einschränken und unser Konzept der autoarmen Innenstadt umsetzen. Zwischen dem Ring 1 und der Ost-West-Straße soll es keinen Durchgangsverkehr mehr geben. Der Kernbereich der Innenstadt rund um den Jungfernstieg wird für die Hamburger*innen und ihre Gäste reserviert. Nach der Verkehrsberuhigung in der Innenstadt wollen wir auch weitere Bereiche innerhalb des Ring 2 und in den daran angrenzenden mehrstöckig bebauten Vierteln verkehrlich beruhigen.

5. Den sofortigen Beginn der Reduktion des in Hamburg abgefertigten Flugverkehrs mit dem Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035.

Auch der Flugverkehr muss seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Wir wollen sicherstellen, dass der Hamburger Flughafen seine zukünftige Entwicklung mit einem vom heutigen Niveau aus kontinuierlich absinkenden CO₂- und Lärmbudget realisiert. Vor dem Hintergrund des derzeitigen Fluglärms und der Treibhausgasemissionen aus dem Flugverkehr kann es keine Kapazitätssteigerung des Flughafens geben. Schon jetzt arbeitet der Flughafen daran, seinen Betrieb am Boden klimaneutral bis 2022 zu gestalten. Aber auch der Flugverkehr muss CO₂ einsparen. Derzeit forscht Airbus am Hamburger Standort an alternativen Triebwerken sowie synthetischen Treibstoffen. Das ist die Richtung in die der Flugverkehr zukünftig gehen muss und für die wir uns einsetzen werden.

6. Die exklusive Abfertigung klimaneutraler Schifffahrt im Hamburger Hafen ab dem Jahr 2035.

Der Hamburger Hafen ist einer der großen CO₂-Emittenten dieser Stadt. Bis heute fahren Schiffe mit Schweröl und Diesel und nutzen auch während ihrer Liegezeit am Hafen fossile Energieträger, um ihre Schiffe mit Strom zu versorgen. Wir haben uns bereits auf den Weg gemacht dies zu ändern. Statt mit Dieselmotoren sollen die Schiffe ihren

Strombedarf künftig direkt mit Landstrom decken können. Schädliche CO₂- und Schadstoffemissionen können so vermieden werden. Landstromanlagen wollen wir nicht nur für die Kreuzfahrtschiffe, sondern auch für die großen Containerschiffe einführen. Das ist eine starke Innovation für unseren Hafen und eine völlig neue Dimension ökologischer Energieversorgung für Schiffe. Nun geht es im nächsten Schritt darum, die Reedereien ins Boot zu holen und mit den anderen europäischen Häfen an einem Strang zu ziehen. Hierfür haben wir uns bereits im Frühjahr mit Rotterdam auf den Weg gemacht und als Bürgerschaft den Grundstein für eine Kooperation unter Hafenstädten gelegt.

Im Themenfeld der Stadtentwicklung fordern wir:

1. Die energetische Sanierung des gesamten Gebäudebestandes bis zum Jahr 2035.

Rund ein Viertel unseres Energiebedarfs geht auf den Gebäudesektor zurück. Die Sanierung des Gebäudebestands ist eine der großen Herausforderung für unsere Stadt. Es ist unser Ziel, einerseits die energetische Sanierung voranzutreiben, aber auch die Strom- und Wärmeversorgung durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Deswegen haben wir den Kohleausstieg beschlossen und wollen die Fernwärme noch vor 2035 klimaneutral machen. Mit dem neuen Hamburger Klimaschutzgesetz schaffen wir wichtige Vorschriften für die Modernisierung von Heizungsanlagen, z.B. ein Verbot für den Neueinbau von Ölheizungen und eine Verpflichtung zur Einbindung erneuerbarer Energien. Auch verbessern wir die Förderung für weitere Sanierungsmaßnahmen.

2. Eine umfangreiche Förderung von nachhaltigen Heizsystemen.

Diese ist zweifelsohne erforderlich. Im Klimaplan haben wir bereits festgehalten, dass das derzeitige Förderprogramm weiterentwickelt und besser mit der Bundesförderung verzahnt werden soll. Weil Förderung erfahrungsgemäß aber nicht ausreicht, haben wir mit dem Klimaschutzgesetz auch Vorschriften für den Einsatz nachhaltiger Heizungssysteme gemacht. All das wird aber nur seine volle Wirkung entfalten, wenn der Bund mit einem merklichen CO₂-Preis nachlegt.

3. Eine Priorisierung des Bestandsschutzes gegenüber Neubauten sowie die Förderung des Einsatzes von nachhaltigen und klimafreundlichen Bausubstanzen.

Für eine wachsende Stadt wie Hamburg geht es nicht um die Frage nach Bestand oder Neubau. Denn jedes Jahr ziehen bis zu 30.000 Menschen hier her, die ein zuhause suchen. Deswegen ist der Neubau unerlässlich. Neben der energetischen Sanierung des Gebäudebestands müssen wir zukünftig auch nachhaltiger bauen. Bis heute werden Neubauten daran bemessen, wie viel Energie sie verbrauchen. Nicht berücksichtigt aber werden die Emissionen, die durch den Bau entstehen. Bei einem Gebäude, das heute errichtet wird, ist der Energiebedarf für den Bau und Baumaterialien annähernd so hoch wie der für die Nutzung über die gesamte Lebensdauer. Das wollen wir ändern und nachhaltigere Baustoffe einsetzen. Deswegen wollen wir Gebäude zukünftig verstärkt in holzbauweise errichten. Holz speichert auf natürliche Weise CO₂. Jeder genutzte Stamm macht Platz für einen neuen Baum und damit für einen CO₂-Speicher. So werden jährlich allein durch Verwendung von Holzprodukten aus dem Waldzuwachs rund 14 Mio. Tonnen CO₂ im Jahr gebunden.

4. Die Festlegung energetischer Standards für Neubauten, die mit dem Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 vereinbar sind.

Die Energiestandards KfW40, Passivhaus und Plus-Energie-Haus haben in der Lebenszyklusbetrachtung die höchste Energieeinsparung und werden in Hamburg als Anreiz nochmal gesondert zzgl. zur KfW Förderung gefördert. Alle städtischen Wohnungsgesellschaften und öffentlichen Bauträger sollen zukünftig mindestens KfW 40 bauen. Bei nicht-öffentlichen Bauträgern lässt der Bund wenig Spielraum für zusätzliche Landesregelungen. Um diesen Standard auch bei nicht-öffentlichen Gebäuden durchzusetzen, müssen wir das Hamburger Bündnis für das Wohnen weiterentwickeln zu einem Bündnis für Wohnen und Klimaschutz.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Anna Gallina". The signature is written in a cursive, flowing style.

Landesvorsitzende Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hamburg